

schaften und Arbeitnehmern, die in hohem Maße wirtschaftliche Gesamtverantwortung bewiesen haben.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Genugtuung darüber, daß das wirtschaftliche Tief durch gemeinsame Anstrengungen überwunden werden konnte - wir müssen auch über die gegenwärtige wirtschaftliche Aufschwungphase hinausdenken.

Wenn es stimmt, was bedeutende Staatsmänner meinen, daß nämlich der sogenannte Ölchock nicht der Beginn einer reparablen Krise war, sondern der Anfang eines weltweiten Umbruchs mit bis dahin unbekanntem und weitreichenden Problemen für die hochentwickelten Industriestaaten, dann dürfen wir in der gegenwärtigen Aufschwungphase um so weniger die Aufgaben von heute nur mit dem Geld von morgen finanzieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Amerika läßt sich nicht jeden Tag entdecken, und deswegen können wir uns in der Politik nicht verhalten wie Kolumbus, der beim Lossegeln nicht wußte, wohin die Reise geht, der, als er ankam, nicht wußte, wo er sich befand, und der dies alles mit geliehenem Geld finanzierte. Man kann sagen, trotzdem hat er Amerika entdeckt; aber, wie gesagt, man kann Amerika nicht jeden Tag entdecken.

Die Zahlenwerke des Etatentwurfs 1980 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 1983, die heute vor Ihnen liegen, zeigen sehr klar und deutlich den künftigen Kurs der hessischen Finanzpolitik auf. Es ist ein Kurs der Realität, der Festigkeit und der Zielstrebigkeit,

(Dr. Bartelt (CDU): Und des Schuldenmachens!)

kurzum, ein Kurs, den der gesunde Menschenverstand gebietet.

(Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einem Zitat enden:

Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehret das Übel und verbreitet es weiter und weiter. Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.

Nicht nur die Kolleginnen und Kollegen Philologen werden längst bemerkt haben, daß ich eine Anleihe bei Goethes „Hermann und Dorothea“ gemacht habe. Ähnlichkeiten mit lebenden Personen oder tatsächlichen Ereignissen sind rein zufällig, aber beabsichtigt.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns allen bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen die Standfestigkeit, die uns davor bewahrt, ins Schwanken zu kommen, und den festen Sinn, der es uns ermöglicht, Entscheidungen zu treffen, die uns politischen Gestaltungsspielraum auch in den kommenden Jahren offenhalten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Lengemann:

Meine Damen und Herren! Nach der Einbringungsrede unterbreche ich entsprechend den Absprachen im Ältestenrat die

Behandlung der Punkte 3 und 20; die Besprechung findet morgen statt.

Wir haben wieder einmal Besucher auf der Empore, die früher Mitglieder dieses Hauses waren. Ich begrüße sehr herzlich den Vizepräsidenten der 8. Wahlperiode und langjährigen F.D.P.-Fraktionsvorsitzenden Hermann Stein und den früheren SPD-Abgeordneten Otto Köth.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe den **Punkt 29** auf. Der Bericht ist verteilt.

Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz (G 10) - Drucks. 9/1610 zu Drucks. 9/1024 -

Berichterstatter ist Herr Abg. Rohlmann.

(Zurufe)

- Auf die Berichterstattung wird verzichtet.

Es ist in zweiter Lesung über den Gesetzentwurf abzustimmen. Der Hauptausschuß hat nur eine Berichtigung zu einem Druckfehler angebracht. Wer in zweiter Lesung diesem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, dieser Gesetzentwurf ist in zweiter Lesung angenommen und damit zum Gesetz erhoben worden.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion der CDU betreffend Weiterentwicklung des Prüfungswesens im dualen Berufsausbildungssystem - Drucks. 9/1062 -

b) Antrag der Fraktion der CDU betreffend 12 Stunden Berufsschulunterricht - Drucks. 9/1073 -

c) Große Anfrage der Abg. Stöckl, Holzapfel, Hellwig, Mutz (SPD) und Fraktion betreffend schulische und betriebliche Berufsbildung im Lande Hessen - Drucks. 9/1562 zu Drucks. 9/431 -

Es ist vereinbart worden, innerhalb der den Fraktionen zur Verfügung stehenden Redezeit von einer Stunde den einzelnen Rednern keine zeitliche Begrenzung aufzuerlegen.

Als erster hat Herr Abg. Schoppe das Wort.

Schoppe (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lichter gehen zumindest teilweise aus, Fragen der beruflichen Bildung stehen auf der Tagesordnung. Erfreulicherweise stehen sie auf der Tagesordnung, wie ich meine, und es ist bezeichnend, aber nicht verwunderlich, daß es die CDU-Fraktion war, die dafür gesorgt hat, daß dieses Thema wieder auf der Tagesordnung steht, wie es auch in den vergangenen Jahren stets diese Fraktion war, die Initiativen ergriffen hat.

(Beifall bei der CDU)

Obwohl die SPD sich immer wieder als Arbeitnehmerpartei darzustellen versucht, zuletzt erst wieder im Europawahlkampf, hat sie es in den vergangenen Jahren allerdings versäumt, die Ausbildung der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Da hilft es auch nichts, wenn der Herr

Finanzminister sich vorhin als bildungspolitischer Gesundheitsdarzustellen versucht hat. Es ändert nichts an dieser Feststellung, wie ich sie getroffen habe.

In der Koalitionsvereinbarung von 1978 findet sich kein Hinweis darauf, daß die Koalition die 12 Stunden Berufsschulunterricht verwirklichen will, die sie einmal versprochen hat, lediglich ein Hinweis auf den zweiten Berufsschultag, den man verstärkt mit dem Blockunterricht abfahren wolle.

Ich werde mich heute zunächst mit diesem Punkt, mit den 12 Stunden Berufsschulunterricht, befassen. Anschließend wird mein Kollege Weiß sich mit den Fragen des Prüfungswesens auseinandersetzen.

Wir fordern mit unserem Antrag die Landesregierung auf, unverzüglich bis zum Jahresende einen Zeit- und Investitionsplan zur Verwirklichung eines zwölfstündigen Berufsschulunterrichts in Hessen vorzulegen, nachdem die Landesregierung dieses Versprechen, das sie für 1978 gegeben hatte, nicht eingehalten hat.

In diesem Plan müssen folgende Aspekte enthalten sein: einmal die Lehrerversorgung, zum zweiten der Bau beziehungsweise die Erweiterung entsprechender Unterrichtsräume sowie der Bau von Sportstätten.

Lassen Sie mich zur Begründung dieses Antrags einmal die Entwicklung der letzten Jahre kurz aufzeigen. Bereits im Jahre 1969 sah das Schulpflichtgesetz die entsprechende Regelung von 12 Stunden wöchentlichem Berufsschulunterricht vor. Dies war, zumindest für die damalige Zeit, eine Zielprojektion, denn damals hatten wir - das muß festgestellt werden - weniger als 6 Stunden Berufsschulunterricht in Hessen.

Im Jahre 1970 hat meine Fraktion einen entsprechenden Antrag in diesem Hause eingebracht, wonach ein Stufenplan zur Erreichung der vom Deutschen Bildungsrat vorgesehenen 12 Wochenstunden vorgelegt werden sollte. Mein Kollege Trageser hat damals darauf hingewiesen, daß die Kommission des Deutschen Bildungsrats die 12 Stunden sogar als Mindestnorm gefordert hat.

Schon damals wollte die Landesregierung einen Stufenplan vorlegen, hat dies allerdings erst im Jahr 1977 fertiggebracht. Damals bestand Fachlehrermangel und weniger ein Mangel an Planstellen - im Unterschied zur heutigen Situation. Allerdings ist der Plan der Landesregierung, diesen Fachlehrermangel zu beseitigen, bis heute noch nicht aufgegangen.

Im Jahr 1974 sah dann die Koalitionsvereinbarung von SPD und F.D.P. eine erneute Regelung dieser 12 Stunden vor. Sie fand ihren Niederschlag in den Regierungserklärungen, die sowohl Herr Osswald als auch Herr Börner dann vorgelegt hatten. Aber wiederum erst drei Jahre später wurde diese Forderung konkretisiert, und zwar auf einen Berichtsantrag der F.D.P. hin, der einen Drei-Stufen-Plan vorsah. Danach sollten im Schuljahr 1976 10 Unterrichtsstunden, 1977 11 und 1978 12 Stunden in Hessen verwirklicht werden.

Der Kultusminister hat damals eindeutig die Probleme erkannt. Er hat allerdings erklärt, daß die Schulen Anweisung haben, sicherzustellen, daß im Schuljahr 76/77 keine Berufsschulklasse in der Regel weniger als 9 Unterrichtsstunden erhält; für das Schuljahr 1977 war vorgesehen, daß keine Berufsschulklasse in der Regel weniger als 10 Unterrichtsstunden

je Schulwoche im Durchschnitt erhält. In dem gleichen Bericht erklärte er:

Ich werde sicherstellen, daß die Schulaufsichtsbehörden und die Schulen trotz der noch fehlenden Schulraumkapazität die Erteilung von 12 Wochenstunden Berufsschulunterricht vorrangig ermöglichen.

Dieser Stufenplan fand dann seinen Niederschlag in einer Rechtsverordnung vom 6.7.77, in der die Details noch einmal verbindlich festgelegt wurden. Ich zitiere:

Dabei ist sicherzustellen, daß im Schuljahr 1977 keine Berufsschulklasse weniger als 10 Unterrichtsstunden je Schulwoche im Schuljahresdurchschnitt erhält.

Dieses Versprechen wurde eindeutig nicht gehalten. Gestatten Sie mir an dieser Stelle den Hinweis: die Arbeit des Kultusministers kommt mir etwa so vor - Sie verzeihen mir den Vergleich - wie das Liebesleben der Elefanten:

(Minister Dr. Günther: Kennen Sie das?)

Alles spielt sich auf hoher Ebene ab, es wird viel Staub aufgewirbelt, aber auf das Ergebnis muß man jahrelang warten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Versprechen, die nicht gehalten worden sind! Man kann hier noch eine Reihe anderer aufzählen, außer diesen erwähnten 12 Unterrichtsstunden. Sie haben beispielsweise in Ihrer Koalitionsvereinbarung 1974, also für die letzte Legislaturperiode, versprochen, daß im Referendariat der beruflichen Schulen Betriebspraktika eingerichtet werden sollten. Erfolg gleich Null.

Sie haben sich vorgenommen, nicht nur im Referendariat Praktika einzuführen, sondern überhaupt für die ausgebildeten Berufsschullehrer. Hier spreche ich die Große Anfrage der SPD an, die ja dieses Thema auch aufgegriffen hat. Antwort der Landesregierung: Man wolle ein Modell einmal in dieser Frage erproben - ein jämmerlicher Hinweis, wie ich meine; denn es ist wichtig, daß auch ausgebildete Berufsschullehrer ihre Tätigkeit im Praxisbezug fortsetzen und nicht nur isoliert an den Schulen unterrichten, ohne zu wissen, was in der Praxis draußen vorgeht.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel aus der Koalitionsvereinbarung von 1974, die Doppelqualifikation.

(Zuruf Holzapfel (SPD))

Nichts ist erfolgt. Sie wollten das 13. Schuljahr abschaffen - nichts ist passiert. Sie wollten das Ausleihverfahren für Lehr- und Lernmittel verbessern. Was ist passiert? Nichts. Sie wollten die Elternmitbestimmung verbessern - nichts ist passiert.

(Beifall bei der CDU - Zuruf Holzapfel (SPD))

Sie wollten ein umfassendes Weiterbildungsgesetz vorlegen, ein Museumsgesetz, ein Büchereigesetz, ein Gesetz zur Förderung der Jugendmusikschulen - Fehlanzeige! Man könnte die Liste noch beliebig fortsetzen.

(Ernst (SPD): Das läuft alles unter „weniger Gesetze“!)

Versprochen - nicht gehalten. Sie spekulieren mit der Vergesslichkeit der Bevölkerung, das ist der Eindruck, den ich habe.

Ich kann mich auch nicht des Eindrucks erwehren - das ist heute morgen schon einmal angesprochen worden -, als sei die

Regierung im Koma. Sie ist handlungsunfähig beziehungsweise handlungsunwillig, sie trifft keine Entscheidungen, sondern sie spekuliert mit Entwicklungen, die ihr das Handeln abnehmen.

(Beifall bei der CDU)

In der Fragestunde des Hessischen Landtags am 10. März dieses Jahres mußte der Kultusminister auf meine Frage hin bekennen, daß wir im letzten Schuljahr 10,4 Stunden wöchentlich an unseren Berufsschulen Unterricht hatten. Das heißt - man kann das ja unter verschiedenen Aspekten sehen -, daß 30 % der hessischen Berufsschüler zwölf Stunden Berufsschulunterricht hatten. 30 %! Nicht 100, nicht 50, nicht 33,3, sondern 30 %, und das ist eine erbärmliche Bilanz, wie ich meine.

(Beifall bei der CDU)

Mit Beginn des neuen Schuljahrs hat sich die Situation nicht verbessert, sondern noch erheblich verschlechtert. Die Unterrichtsversorgung sank von 92 auf 86 % ab, und gleichzeitig wurden die Klassen in unseren Berufsschulen noch größer. Da hilft auch nicht der Hinweis, den die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage gibt, daß die Berufsschulen in Hessen im Jahr 1977 unter den Bundesländern eine Spitzenstellung hatten.

(Ernst (SPD): Na bitte!)

Das ist sicherlich eine einigermaßen vertretbare Feststellung,

(Lachen bei der SPD)

die man auch so darstellen kann.

(Ernst (SPD): Wie kann man sie denn noch darstellen?)

Aber gestatten Sie mir auch hier wieder einen Vergleich. Es ist doch kein Trost, wenn andere noch schlechter dastehen als wir!

(Beifall bei der CDU - Zuruf Ernst (SPD))

Wenn ich beispielsweise ein Magengeschwür habe, und mir kommt jemand mit dem Hinweis, daß ein anderer einen schweren Leberschaden hat, dann hilft mir das überhaupt nicht.

Hier muß die Landesregierung an ihren eigenen Gesetzen, an ihren Rechtsverordnungen gemessen werden und an nichts anderem, und das heißt sowohl nach dem Schulpflichtgesetz seit 1969 als auch nach der Rechtsverordnung aus dem Jahr 1977 12 Unterrichtsstunden. An diesen Maßstäben messen wir die Landesregierung, aber nicht an dem, was in anderen Ländern gegeben ist.

(Beifall bei der CDU)

Trotz der Tatsache, daß nur 30 % der Berufsschüler 12 Stunden Unterricht hatten, haben Sie im Haushalt dieses Jahres und im Haushalt des nächsten Jahres im Berufsschulbereich keine weiteren Planstellen vorgesehen. Sie haben eine Nulldiät verordnet. Das ist bei Übergewicht sicherlich sinnvoll, das kann ich bestätigen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber bei Unterernährung, wie in diesem Fall, ist das sicherlich die falsche Methode.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lengemann:

Herr Kollege Schoppe, wären Sie bereit, eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Holzapfel zuzulassen?

Schoppe (CDU):

Ich habe keine Probleme, auf Zwischenfragen einzugehen, aber das Thema ist sehr komplex. Sie gestatten, daß ich angesichts der Kürze der Zeit meine Ausführungen zum Ende bringe.

(Ernst (SPD): Sie wissen ja gar nicht, was er fragen will!)

Ein Dialog ist an dieser Stelle sicherlich nicht angebracht, das können wir anschließend machen.

Meine Fraktion hatte einen Antrag eingebracht, hundert weitere Planstellen in diesem Jahr zu schaffen. Sie wußten, daß sich die Situation mit Beginn des neuen Schuljahres verschlechtern würde, und trotzdem haben Sie diesen Antrag abgelehnt. Gleichzeitig stehen draußen vor der Tür fertig ausgebildete Berufsschullehrer.

Wenn Sie einmal das Thema umfassend sehen und sich die arbeitslosen Lehrer in Hessen anschauen, dann sind es im Augenblick 5.000, und bis zum Jahre 1985 werden es über 20.000 arbeitslose Lehrer in Hessen sein.

(Zuruf Holzapfel (SPD) - Ernst (SPD): Die stellen wir alle in den Berufsschulen ein!)

Am 31. Oktober dieses Jahres werden beim Regierungspräsidenten in Darmstadt rund 200 Lehrer mit ihrer Ausbildung fertig und haben keine Chance, ihren Unterricht fortzusetzen beziehungsweise am 1. Februar eingestellt zu werden.

(Stöckl (SPD): Doch, die haben eine Chance!)

Die SPD hat in ihrer Großen Anfrage dieses Problem auch aufgegriffen und gefragt, inwieweit es möglich sei, durch Umschulung beziehungsweise durch zusätzliche Qualifikation für ausgebildete Berufsschullehrer eine gewisse Abhilfe zu schaffen. Ein löbliches Unterfangen, wie ich meine.

Nur, was die Landesregierung darauf geantwortet hat, ist, so kann man fast sagen, weniger als nichts. Außer dem Hinweis, daß eine Umschulung im Bereich Drucktechnik auf Farbtechnik gelungen sei, sieht die Landesregierung keine weiteren Möglichkeiten. Der Einfallsreichtum scheint hier nicht sehr groß zu sein. Aber wenn hier keine Wende eintritt, dann werden ungeahnte Probleme auf diese Landesregierung noch zukommen.

(Beifall bei der CDU)

Der Kultusminister begründet nun das Versagen der Landesregierung in dieser Frage im wesentlichen mit drei Gesichtspunkten.

Erstens. Er verweist darauf, daß die Schülerzahlen der Berufsschulen in den letzten Jahren gestiegen seien. Das ist nur bedingt richtig, meine Damen und Herren.

(Ernst (SPD): Sind sie nun gestiegen oder nicht? Was ist denn nun?)

1968, also vor 11 Jahren, hatten wir in Hessen rund 163.000 Berufsschüler. Die Zahl sank dann bis 1976 um 29.000 auf

rund 134.000 Berufsschüler, und sie nahm dann von 1976 bis 1978 wieder um etwa 8.000 auf rund 142.000 zu. Per saldo bedeutet das, daß seit dem Jahre 1968 die Zahl der Berufsschüler um 20.000 zurückgegangen ist. Insofern ist dieser Hinweis aus meiner Sicht nur eine Schutzbehauptung.

(Beifall bei der CDU)

Das zweite entschuldigende Argument, das der Kultusminister anführt, ist die Behauptung, daß die Hessische Landesregierung in den letzten Jahren das Schwergewicht besonders wegen der Jugendarbeitslosigkeit auf den Vollzeitunterricht gelegt habe. Das hört sich recht gut an. Nur, die Fakten müssen auch hier einiges relativieren.

Im Vollzeitbereich hatten wir 1972 39.000 Schüler in Hessen, und im Jahre 1978 waren es 40.000, das heißt 1.000 Schüler mehr. Es gab Ausweitungen im Bereich des Berufsgrundbildungs- und des Berufsvorbereitungsjahres, aber gleichzeitig einen Rückgang beispielsweise bei den Berufsfachschulen und den Berufsaufbauschulen. Lassen Sie mich also noch einmal feststellen: nur 1.000 Schüler mehr im Vollzeitbereich.

Das dritte Argument, das der Kultusminister für sein Versagen anführt, ist der Mangel an Fachlehrern. Dieses Argument ist nur zum Teil richtig. Es ist richtig, daß in einzelnen Fachbereichen Fachlehrer fehlen: ernährungs- und hauswirtschaftliche Berufe, bau- und holzgewerbliche Berufe, gestaltende Berufe, Körperpflege, Bekleidung und Landwirtschaft. Aber in anderen Bereichen fehlt es mehr an Planstellen denn an Fachlehrern.

Folgende Fragen sind zu beantworten: Warum wirbt man erst jetzt verstärkt für Fachlehrer? Warum bezahlt man diese Fachlehrer beispielsweise hier in Hessen schlechter als in anderen Bundesländern?

(Holzapfel (SPD): Was? Das ist nicht wahr! - Ernst (SPD): Da merkt man, daß Sie keine Ahnung vom Besoldungsrecht haben! Sonst könnten Sie solchen Unsinn nicht behaupten!)

- Sie wissen, oder Sie wissen vielleicht auch nicht, daß in Rheinland-Pfalz Zulagen für Fachlehrer gezahlt werden und daß deshalb Kollegen nach Rheinland-Pfalz gehen.

(Ernst (SPD): Unsinn!)

Wo ist denn der entsprechende Lehrerbedarfsplan mit konkreten Zahlen für die einzelnen Fachrichtungen? So gibt es Fragen über Fragen.

Das Argument der fehlenden Fachlehrer - ich habe schon darauf hingewiesen - ist also nur ein Teil der Wahrheit. Ich wiederhole: Es fehlt in Wirklichkeit an Planstellen, um Lehrer einzustellen.

(Zuruf von der SPD: Das ist allerdings eine ganz neue Erkenntnis!)

Wie sonst wäre es zu erklären, daß wir Ende 1978 in der Bundesrepublik 550 arbeitslose Berufsschullehrer hatten?

(Holzapfel (SPD): In der Bundesrepublik! Aha!)

- Jawohl, in der Bundesrepublik.

(Ernst (SPD): Ein Roßtäuschertrick ist das!)

Wie ist es sonst zu erklären, daß man im kaufmännischen

Bereich zum 1. 8. dieses Jahres einen Notendurchschnitt unter 2,0 haben mußte, um angestellt zu werden,

(Zuruf von der SPD: Wie viele sind es denn in Hessen?)

was konkret bedeutet, daß zum Beispiel im Studienseminar Darmstadt für Diplom-Handelslehrer von 80 fertigen Referendaren nur rund 20 die Chance hatten, eingestellt zu werden?

(Sturmowski (CDU): Hört, hört!)

Zusammenfassend kann man also sagen, daß die Argumente des Kultusministers vordergründig sind und nicht greifen, und, meine Damen und Herren, die Kritik, die aus allen Teilen der Bevölkerung in dieser Frage vorgetragen wird, spricht doch für sich. Alle Gewerkschaften haben Kritik angebracht, der Hessische Landesschülerrat und sogar die Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen in der SPD.

(Sturmowski (CDU): Hört, hört!)

Zu diesem Personalgesichtspunkt möchte ich noch eine abschließende Bemerkung machen, um Mißverständnissen und Fehldeutungen vorzubeugen. Wir plädieren, wenn wir die 12 Stunden fordern, nicht generell für zwei Berufsschultage mit je 6 Stunden, weil darunter die betriebliche Berufsausbildung ganz entscheidend leiden würde.

(Zuruf Frau Ruth Wagner (F.D.P.))

Die Stundenverteilung auf die Berufsschultage muß sich nach den örtlichen Gegebenheiten richten, meine Damen und Herren, wie es der Erlaß des Kultusministers vom 6. Juli 1977 vorsieht.

Dem Blockunterricht - und darin stimmen wir mit der Koalition überein - kommt auch unter diesem Gesichtspunkt eine erhebliche Bedeutung zu. Wir wenden uns gegen eine generelle Verschulung der beruflichen Ausbildung, und wir sind dafür, daß an dem bewährten Dualismus in der Berufsausbildung festgehalten wird.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zum Raumproblem. Dafür sind in erster Linie die Schulträger verantwortlich, also die Städte und Kreise. Nur, ohne Zuschüsse des Landes ist von ihnen das Problem nicht zu bewältigen.

(Ernst (SPD): Das finanzieren wir dann mit zusätzlichen Krediten!)

Wie der Schul- und Kulturausschuß des Hessischen Städtetages im Mai dieses Jahres festgestellt hat, bleibt das Problem der Schulneubauten auch noch für die nächsten 7 bis 8 Jahre ein drängendes Problem. Dabei kommt gerade dem Bau von Berufsschulen und von Sport- und Turnhallen besondere Priorität zu. Es wurde sogar die Forderung nach einem Sonderprogramm erhoben.

(Ernst (SPD): Das finanzieren wir dann mit zusätzlichen Krediten!)

Die CDU-Fraktion hat anlässlich der Haushaltsplanberatungen 1979 beantragt, für Neubauten im Berufsschulbereich 20 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Ergebnis: Sie haben diesen Antrag wie auch alle übrigen wieder einmal abgelehnt.

(Ernst (SPD): Sagen Sie doch nur einmal, woher wir diese 20 Millionen DM nehmen sollen!)

Sie wissen, daß beispielsweise in Frankfurt an manchen Berufsschulen bis zu 50 % der Schulraumkapazität fehlen. Wir hatten im Frühjahr in Kassel ein Gespräch in einer Berufsschule, die 7 Außenstellen hat, meine Damen und Herren! Was das für alle Beteiligten, für Schüler wie für Lehrer, bedeutet, das kann sich eigentlich nur der vorstellen, der das selbst einmal miterlebt hat, und ich kann zu diesem Thema 13 Jahre eigener Erfahrung beisteuern.

Ein Pavillon-Sonderprogramm wäre meines Erachtens auch unter ökonomischen Gesichtspunkten eine absolut notwendige Maßnahme; aber die Landesregierung meldet außer einem dürftigen Hinweis in ihrer Koalitionsvereinbarung auch hier wieder nur Fehlanzeige.

Ähnlich ist es im Hinblick auf fehlende Sportstätten, wie es auch der Hessische Städtetag und die GEW Hessen ganz deutlich zum Ausdruck gebracht haben. Die Frage eines Sonderprogramms für Sportstätten hat die Landesregierung, wie aus ihrer Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion hervorgeht, zumindest in ihre Überlegungen mit einbezogen. Das ist die Formulierung aus der Antwort.

Angesichts der Tatsache, meine Damen und Herren, daß nur 20 % der beruflichen Schulen - nur 20 % - ausreichend mit Sportstätten versorgt sind, ist der Hinweis der Landesregierung, daß sie sich bemühe - ich wiederhole: bemühe -, den Bau von Sportstätten verstärkt zu fördern, nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, ohne daß konkrete Folgerungen daraus zu erwarten sind.

(Beifall bei der CDU)

Damit wird sich, wenn unser Antrag nicht verwirklicht wird, in absehbarer Zeit an der Tatsache, daß rund 90 % aller hessischen Berufsschüler keinen Sport in der Berufsschule haben, nichts ändern. Deshalb ist unser Antrag, eine Investitionsplanung für Sportstätten vorzulegen, so begründet.

In der Großen Anfrage ist auch das Problem des Lehr- und Lernmaterials angesprochen worden. Die Beträge sind in den letzten Jahren gestiegen - das kann man nicht verheimlichen -; aber sie reichen bei weitem nicht aus.

Im Haushalt 1980 ist für Lernmittel ein Zuwachs von 1,5 % vorgesehen. Da helfen auch die besten Worte und Beschönigungen nichts; die Fakten sprechen eine andere Sprache: 1,5 % Zuwachs sind unzureichend. Schauen Sie sich die Schulbücher vor Ort einmal an, meine Damen und Herren! Auch die Mittel für das Verbrauchsmaterial sind nicht ausreichend, und die Regierung formuliert eigentlich nur Nichtssagendes.

Wir hatten deshalb in diesem Jahr im Haushaltsplan für diesen Zweck zusätzlich 3 Millionen DM gefordert, und zwar besonders für das Berufsgrundbildungs- und das Berufsvorbereitungsjahr. Auch dieser Antrag ist Ihrer Ablehnung verfallen.

Aber, meine Damen und Herren von der SPD, für das 10. allgemeine Schuljahr haben Sie im Jahre 1979 5 Millionen DM zusätzlich ausgegeben. Diese ungleiche Behandlung können wir eigentlich nur verurteilen.

(Beifall bei der CDU)

Summa summarum ist das, wie ich meine, eine miserable Bilanz für diese Landesregierung und die sie tragenden Parteien, auch wenn in der Antwort auf die Große Anfrage behauptet

wird, das Schwergewicht der vergangenen Jahre habe der Verbesserung der schulischen Berufsausbildung gegolten.

Am 26. Januar 1977 erklärte Kollege Stöckl vor diesem Hause, daß die Priorität der beruflichen Bildung nicht nur ein Lippenbekenntnis sei, sondern lebendige Schulwirklichkeit, von der sich jeder überzeugen könne - so zitiert aus dem damaligen Protokoll.

(Zuruf von der SPD: So ist es! - Demonstrativer Beifall bei der SPD)

- Meine Damen und Herren, Ihr Applaus bestätigt mir: ich habe den Eindruck, einige Kollegen waren lange nicht mehr vor Ort.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wenn dies Ihre Prioritätsbilanz ist, dann kann ich nur feststellen, daß sie defizitär ist. Aber vielleicht gleichen Sie auch dies wieder mit entsprechenden Wertberichtigungen wie bei anderer Gelegenheit aus.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wenn man sich aber einmal vor Augen führt, daß der Bildungsbericht der Bundesregierung von 1970 als Zielvorstellung vorsah, daß 50 % der Jugendlichen eines Jahrgangs Abitur machen sollten,

(Holzapfel (SPD): Ach, jetzt kommt's!)

und daß die frühere Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium, Frau Hamm-Brücher, einmal erklärte, die Zahl der Abiturienten sei der Maßstab für das Bildungsniveau eines Volkes, dann wird die Geringschätzung der beruflichen Bildung gegenüber der Allgemeinbildung ganz deutlich.

(Beifall bei der CDU)

Dann erklärt dies auch den gegenwärtigen Zustand der beruflichen Bildung hier in Hessen.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Seit vielen Jahren - lassen Sie mich das zum Abschluß sagen - wurde die berufliche Bildung als der Hinterhof der hessischen Bildungspolitik bezeichnet, zu Recht, wie ich meine.

(Beifall bei der CDU - Ernst (SPD): Was ist das dann erst in den CDU-regierten Ländern!)

Sie, meine Damen und Herren von SPD und F.D.P., tun so, als sei die berufliche Bildung in Hessen mittlerweile im Vorgarten angekommen. In Wirklichkeit sind die Berufsschüler hier in Hessen aber nach wie vor die Kellerkinder der Nation.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lengemann:

Meine Damen und Herren! Offenbach hat offenbar das Talent, Abgeordnete in den Hessischen Landtag zu entsenden, die die Stifte der Stenographen heiß werden lassen. Ich erinnere an den Kollegen Dr. Lindner. Heute beglückwünsche ich einen neuen Offenbacher Kollegen, Herrn Abgeordneten Schoppe, zu seiner ersten Rede im Hessischen Landtag.

(Allgemeiner Beifall)

Da wir gerade bei den Stenographen sind: Der Stenographische Dienst bittet dringend um die Rückgabe der Redenieder-